

# S-2

<b>Titel</b>	Verbesserung der Situation von Langzeitarbeitslosen	
<b>AntragstellerInnen</b>	Stuttgart	
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag, Jusos Bundeskongress	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

---

- 1 Die SPD ist in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte immer die Partei der gesellschaftlichen Gruppen, die  
2 aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage oder anderer Faktoren ein Dasein am unteren Rand der Gesellschaft  
3 fristen. Während dies lange Zeit die Arbeiter\*innen waren, gibt es in unserer heutigen Zeit andere Gruppen,  
4 die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage weniger am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und deren  
5 Kinder geringere Chancen auf soziale Mobilität haben, so wie es den Kindern der Arbeiter\*innen lange Zeit  
6 erging. Langzeitarbeitslose sind zweifelsohne eine solche Gruppe.
- 7 Langzeitarbeitslose mit verfestigten Vermittlungshemmnissen sind hauptsächlich Menschen, die aufgrund  
8 psychischer Labilität mit verfestigten psychischen Erkrankungen, Behinderungen, mangelnder sozialer Kom-  
9 petenz, geringer Qualifizierung und Entmutigung aufgrund des fehlenden Kontakts zum allgemeinen Arbeits-  
10 markts zu kämpfen haben.
- 11 Die gegenwärtigen Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen,  
12 stammen im Wesentlichen aus den Gesetzgebungen im Zuge der Arbeitsmarktreforamen unter der zweiten  
13 rot-grünen Bundesregierung. Im Grundsatz sollen diese Maßnahmen ein Existenzminimum garantieren und  
14 gleichzeitig mithilfe unterschiedlicher Fördermaßnahmen einen möglichst schnellen Eintritt in den Arbeits-  
15 markt und damit eine Beendigung der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen erreichen.
- 16 Während dies im Grundsatz sowohl aus Sicht des Staates, als auch aus Sicht des\*der Arbeitslosen eine sinn-  
17 volle Herangehensweise ist, gibt es in der Praxis immer wieder Konstellationen, die zu einer Verfehlung dieser  
18 Ziele führen.
- 19 Um die Grundsicherung in Form von Arbeitslosengeld II zu erhalten, müssen die Betroffenen umfangreiche  
20 Rechenschaft über ihre finanziellen Verhältnisse ablegen und für die Dauer ihres Leistungsbezuges unter An-  
21 drohung von Sanktionen den Anordnungen des Jobcenters Folge leisten. Diese Sanktionen können dazu füh-  
22 ren, dass eine Person deutlich unter das Existenzminimum fällt, das eigentlich durch die Leistung garantiert  
23 werden soll. Dabei ist eine Kürzung des Leistungsniveaus schon nach einer geringen Anzahl von Verstößen  
24 möglich, insbesondere bei Leistungsbezieher\*innen unter 25 Jahren.
- 25 In der Summe kann dadurch bei den betroffenen Personen der Eindruck entstehen, dass sie als Person von  
26 der Gesellschaft abgewertet werden oder gar aufgegeben werden.
- 27 Des Weiteren führt die Struktur der Zuverdienstgrenzen zu Situationen, in denen die Aufnahme von Beschäf-  
28 tigung unter bestimmten Voraussetzungen zur Folge hat, dass eine Person unterm Strich weniger Geld zur  
29 Verfügung hätte, als in Arbeitslosigkeit.
- 30 Um diesen Problemen zu begegnen und die Förderung von Langzeitarbeitslosen nicht nur effektiver zu ma-  
31 chen, sondern auch den Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit das Gefühl zu geben, dass die Gesellschaft sie  
32 nicht aufgegeben hat, fordern wir folgende Maßnahmen:
- 33 • Erhöhung des Regelsatzes durch Erweiterung der Bemessungsgrundlage und Überprüfung des Warenkorb-  
34 modells

- 35 • Größeres Budget für Qualifizierungsmaßnahmen und Verwaltungsausgaben zur Verbesserung des Betreu-  
36 ungsschlüssels für die Jobcenter
- 37 • Anhebung der Zuverdienstgrenze
- 38 • Die Anrechnung des Einkommens auf den ALG II-Satz muss so geschehen, dass arbeitenden Personen, die  
39 ALG II beziehen, durch ihre Arbeit nicht nur unwesentlich mehr als der volle ALG II-Satz übrig bleibt
- 40 • Niedrigere Sozialabgaben und Steuern für Einkommen bis 24.000€/Jahr brutto mit progressiver Steigerung,  
41 um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen
- 42 • Sozialer Arbeitsmarkt mit Case-ManagerInnen, die sich intensiv um die betroffenen Langzeitarbeitslosen  
43 kümmern können, die Schwierigkeiten haben, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden
- 44 • Belohnungen für das Einhalten der mit dem Jobcenter geschlossenen Eingliederungsvereinbarung anstatt  
45 Sanktionen
- 46 • Stärkung von multiprofessionellen Teams (SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, etc.) bei Wiedereingliede-  
47 rungsmaßnahmen/Qualifizierungsmaßnahmen
- 48 • Evaluation der bestehenden Maßnahmen zur Wiedereingliederung auf deren Erfolgsquote
- 49 • Konzept zur Stärkung von Integrationsfirmen/Integrationsableitungen mit gesetzlichen Anspruch auf Nach-  
50 teilsausgleich
- 51
- 52 **Begründung**
- 53 erfolgt mündlich